

SGB-POSITION ZUR FRANKENSTÄRKE

Bern, 16. August 2011

Untergrenze von rund 1.40 Fr./Euro durchsetzen – Arbeitslosigkeit verhindern

Extrem überbewerteter Franken gefährdet Arbeitsplätze und Einkommen

Seit Anfang 2010 hat sich der Franken gegenüber fast allen Währungen um rund 30 Prozent aufgewertet. Wegen dieser Überbewertung droht eine schwere Rezession – vor allem in der Exportwirtschaft. Schweizer Produkte, aber auch Reisen in die Schweiz, sind für viele Kunden im Ausland zu teuer geworden. Am Schluss trifft das vor allem die Arbeitnehmenden. Viele, vor allem grössere Firmen können ihr Überleben sichern, in dem sie den Einkauf oder Teile der Produktion ins Ausland verlagern. Den Schweizer Arbeitnehmenden hilft das nichts. Die Arbeitsplätze verschwinden. Es droht Arbeitslosigkeit und Lohndruck. Über 100'000 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.

Der überteuerte Franken hat auch in den Pensionskassen tiefe Spuren hinterlassen. Fremdwährungsanlagen haben an Wert verloren. Bisher sind Buchverluste in der Grössenordnung von 50 Mrd. Franken entstanden. Das sind mehr als 10'000 Franken pro Arbeitnehmenden.

Angemessener Franken-Euro-Kurs gegenüber Deutschland: 1.50 Franken/Euro

Der Franken ist extrem stark überbewertet. Gegenüber Deutschland – dem wichtigsten Handelspartner der Schweiz – beträgt die Überbewertung mittlerweile über 35 Prozent (s. Grafik). Der angemessene Franken-Euro-Kurs gegenüber Deutschland läge bei rund 1.50 Fr./Euro. Auch gegenüber dem Dollar und dem Pfund hat der Franken extrem zugelegt. Schätzungen zeigen, dass der Franken auch gegenüber diesen Währungen um mehr als 30 Prozent zu stark ist.

Entwicklung des Frankenkurses

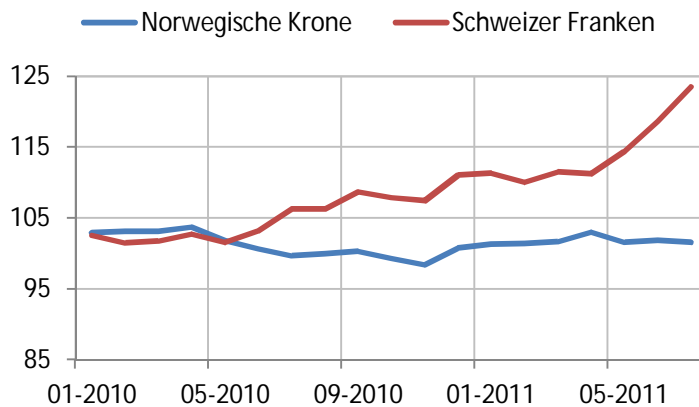
(realer Aussenwert ggü. Deutschland, 1999=100)



Spekulation auf den Franken – Ruhe in Norwegen

Bundesrat und Nationalbank behaupteten lange, dass sich der Franken aufgewertet habe, weil die Schweizer Staatsfinanzen besser seien als diejenigen der südlichen Euro-Staaten. Das ist falsch. Denn Norwegen steht noch besser da als die Schweiz, ohne dass auf die norwegische Krone spekuliert wird. Der überbewertete Franken ist somit nicht die Folge der Probleme in der Euro-Zone, sondern der Devisenspekulation auf den Franken. Deshalb kann die Schweiz die Frankenstärke auch alleine und erfolgreich bekämpfen.

Aussenwert von Schweizer Franken und norwegischer Krone (real, 2005=100, BIZ-Zahlen)



Nationalbank muss Wechselkursuntergrenze einführen und verteidigen

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) muss eine Untergrenze gegenüber dem Euro festlegen und diese verteidigen. Das hat sie seit den späten 1970er Jahren mehr oder weniger ausdrücklich immer wieder erfolgreich getan. Beispielsweise mit der Einführung einer Grenze von 80 Rp./D-Mark 1978. Oder der Durchsetzung von 1.45 Fr./Euro nach dem 11. September 2001. Ohne die Führung durch die SNB können die Devisenmärkte rasch ausser Kontrolle geraten. Wie das gegenwärtig der Fall ist. Mit Untergrenze erfolgt der Handel hingegen kontrolliert.

Die Untergrenze muss so festgelegt werden, dass sie glaubwürdig ist. Die Nationalbank darf sich nicht der Spekulation auf den Devisenmärkten unterwerfen; sondern sie muss ganz klar signalisieren, in welchem Bereich der Franken/Euro-Kurs vernünftig ist. Das geschieht über eine Orientierung an der Realwirtschaft. So gesehen muss sie eine Untergrenze von 1.40 Fr./Euro avisieren.

Diese Untergrenze kann die SNB durchsetzen, wenn sie will. Sie ist die Herrin über den Franken. Kein Wechselkursspekulant ist nur annähernd so mächtig wie sie. Denn die Nationalbank kann theoretisch unendlich viele Franken auf den Markt werfen. Das kann niemand anderes.

Inflationsängste sind übertrieben. Inflation heisst, dass die Unternehmen ihre Preise stark erhöhen können. Im Moment ist gerade das Gegenteil der Fall. Der überbewertete Franken führt dazu, dass die Preise unter Druck sind. Er herrscht Deflationsgefahr. Als der Franken gegenüber dem Euro bei über 1.65 lag, war die Teuerung in der Schweiz unter 1 Prozent. Ein Wechselkurs von 1.40 Fr./Euro würde den Unternehmen erlauben zu überleben. Preiserhöhungen sind dann kaum möglich. Dementsprechend droht keine Inflationsgefahr.